

WIR GEBEN NICHT NACH

Zivilgesellschaft im Fokus rechter Anfeindungen und Angriffe



Brandanschlag auf das Regenbogenkombinat in Cottbus © CSD Cottbus e.V.

Diese Bilder gingen durch die Medien: Eine Gruppe Neonazis greift das Fest „Bad Freienwalde ist bunt“ an. Vermummt und bewaffnet stürmen sie auf den Marktplatz, schlagen zu und verletzen Menschen während des Festaufbaus (siehe Interview Seite 2). Der Angriff markiert den traurigen Höhepunkt der zahlreichen Anfeindungen und Angriffe gegen Menschen und Initiativen, die sich in Brandenburg gegen Rechts, für queeres Leben oder in alternativen Strukturen einsetzen. Angriffe auf Aktive, Veranstaltungen und alternative Orte nehmen sowohl in Quantität als auch Qualität zu. Die Täter agieren zunehmend enthemmt. Sie wollen Angst verbreiten, Menschen und Initiativen einschüchtern und in ihrem Engagement für ein vielfältiges und demokratisches Brandenburg zurückdrängen. Dies zeigt sich in Gelegenheitstaten ebenso wie in geplanten Angriffen organisierter Rechter.

Im Frühjahr häuften sich Übergriffe bei Veranstaltungen mit Bezug zur bevorstehenden Bundestagswahl. Am 8. Februar griff in Templin eine Gruppe von 10-20 Personen, die zuvor an einer AfD-Kundgebung teilgenommen hatten, einen Gegendemonstranten an. Auch die Angriffe auf alternative Jugendeinrichtungen setzten sich fort (siehe Schattenberichte Juni 2025).

Im Sommer waren nahezu alle CSD-Veranstaltungen im Land mit rechtsextremen Störaktionen,

Bedrohungen oder Übergriffen konfrontiert. Am 20. Oktober verübten Unbekannte am helllichten Tag einen Brandanschlag auf das Regenbogenkombinat Cottbus. Die meisten Beratungsanliegen erreichen uns wohlgerichtet weiterhin infolge von rassistischen Diskriminierungen und Angriffen. Besonders stark trifft es Menschen, die sich mit eigenen Rassismuserfahrungen in Brandenburg zivilgesellschaftlich engagieren (siehe adb-News).

Doch nicht nur auf der Straße, auch in den Parlamenten steht die demokratische Zivilgesellschaft zunehmend unter Druck. Die Opferperspektive ist zusammen mit weiteren Organisationen erneut Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage der AfD-Fraktion im Landtag. Ultrarechte Medienplattformen orchestrieren durch wiederholte diffamierende Beiträge eine Misstrauenskampagne gegen Nichtregierungsorganisationen. Der gesellschaftliche Rechtsruck hat unmittelbare Folgen für unsere Arbeit. Im November strich die Bundesregierung die Weiterführung des Programms Respekt*Land. Damit verlieren bundesweit zahlreiche Antidiskriminierungsberatungen ihre Finanzierungsgrundlage – so auch unsere allgemeine Antidiskriminierungsberatung Brandenburg. Sichert das Land nicht in letzter Sekunde die Fortführung, stehen Betroffene von Dis-

kriminierung auf Grund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder einer Behinderung ab Ende Januar alleine da (siehe adb-News).

Gleichzeitig dürfen wir nicht vergessen: Viele Akteur:innen stellen sich den Anfeindungen widerständig entgegen. In Brandenburg fanden dieses Jahr so viele CSD-Veranstaltungen statt wie nie zuvor. Neue Projekte wie die „Initiative sichere Orte Südbrandenburg“ haben sich gegründet. Und beim Angriff in Bad Freienwalde verhinderte nicht nur entschlossene Gegenwehr Schlimmeres – die Zivilgesellschaft reagierte mit großer Solidarität und die Landesregierung mit einer schnellen und eindeutigen Verurteilung der Geschehnisse. Genau so muss die gesellschaftliche und staatliche Reaktion auf rechte Angriffe aussehen.

INHALT

- 01 WIR GEBEN NICHT NACH
- 02 INTERVIEW: „DER ANGRIFF HAT UNS ZUSAMMENGESCHWEISST“
- 03 VOR ORT: COTTBUS, FÜRSTENWALDE, LUCKENWALDE, RATHENOW
- 04 KURZNACHRICHTEN, REZENSION

„DER ANGRIFF HAT UNS ZUSAMMENGESCHWEISST“

Interview mit Judith vom Bündnis „Bad Freienwalde ist bunt“



Trotz des Neonazi-Angriffs findet die Kundgebung „Bad Freienwalde ist bunt“ statt © Bad Freienwalde ist bunt

Du bist im Bündnis „Bad Freienwalde ist bunt“ aktiv. Beschreibe kurz, wer ihr seid und was ihr macht.

Das Bündnis ist seit 2021 in Bad Freienwalde aktiv, einer Kleinstadt mit ca. 12.000 Einwohner*innen im Osten Brandenburgs. Wir veranstalten jährlich eine Sommer-Kundgebung auf dem Marktplatz und organisieren anlassbezogen Demonstrationen. Uns verbindet der Wunsch, gesellschaftliche Vielfalt sichtbar zu machen und für Demokratie einzutreten. Gerade jungen Menschen wollen wir zeigen: Bad Freienwalde ist bunt, nicht blaubraun.

Am 15. Juni 2025 wurde eure Kundgebung von Neonazis angegriffen. Was genau ist passiert?

Kurz vor Beginn stürmte eine Gruppe von ca. 10-12 maskierten, vermutlich jungen Männern den Veranstaltungsort. Einige waren offensichtlich kampsporttrainiert. Mehreren unserer Mitwirkenden wurde ins Gesicht geschlagen, ein Opfer musste an einem Knochenbruch operiert werden. Bevor alle auf dem Platz realisieren konnten, was passierte, liefen die Angreifer auch schon wieder weg.

Wir hatten ein erfahrenes Schutzteam und mutige Teilnehmende. Sie liefen den Angreifern entschlossen entgegen und schrien aus vollem Hals „Haut ab!“ und

„Nazis raus!“. Durch diese kollektive Power konnten wir den Angriff abwehren.

Konntet ihr nach dem Angriff eure Kundgebung dennoch durchführen?

Niemand aus dem Vorbereitungsteam dachte an Abbruch. Alle Mitwirkenden blieben, selbst diejenigen, die einen Schlag abbekommen hatten. In der Rückschau würde ich die Stimmung nach dem Angriff als widerständig bezeichnen. So brutal wie die persönliche Erfahrung besonders für diejenigen war, die die Gewalt unmittelbar erfahren hatten, so positiv war die gemeinschaftliche Erfahrung, die Kundgebung „trotz allem“ durchzuführen und uns nicht vertreiben zu lassen.

Wie habt ihr das Medienecho nach dem Angriff erlebt?

Der rbb war vor Ort und filmte spontan mit dem Handy auch den Angriff. Aufgrund dieser Bilder war sofort ein dpa-Reporter auf dem Platz. Viele andere Medien legten dann mit eigenen Interviews oder Reportagen nach.

Tatsächlich geht es bei solchen Angriffen nicht nur um die unmittelbare Gewalt, sondern auch um die Deutungshoheit über die Situation im Nachhinein. Rechtsextreme Kreise haben sehr schnell versucht, den Angriff zu verharmlosen und zu legitimieren. Der rechten Desinformation und bisweilen unsauberen journalistischen Arbeit sind wir mit zwei Kernbotschaften entgegengetreten: 1) Wir haben einen brutalen Angriff erlebt. 2) Bei unserer Kundgebung war ein Querschnitt der Gesellschaft. Der Angriff galt uns allen.

Wie bewertet ihr die Reaktionen aus der Politik?

Dass Innenminister René Wilke sofort zu uns kam, haben wir als sehr positiv empfunden. Das lag vor allem daran, wie er vor Ort aufgetreten ist: Er wollte nicht auf die Bühne, sondern einfach mit den Betroffe-

nen sprechen. Er sagte, der Vorfall erinnere ihn an seine Jugend in Frankfurt/Oder in den Baseballschlägerjahren. So etwas dürfe sich nicht wiederholen. Der Bürgermeister hat uns und auch sich selbst und der Stadt mit seiner Aussage, es sei „nur eine Störung“ gewesen, keinen Gefallen getan. Das Erstarken der extremen Rechten klein zu reden, hilft niemandem.

Die Polizei war während des Angriffs nicht direkt vor Ort. Was fordert ihr für zukünftige Veranstaltungen?

Nach dem Angriff haben wir den Austausch mit Inka Gossmann-Reetz gesucht, der Polizeibeauftragten des Landes Brandenburg. Wir wünschen uns mehr Dialog mit der Polizei, um zu einer gemeinsamen Einschätzung der Gefährdung zu kommen. Wir denken, eine sichtbare Präsenz der Polizei vom Beginn des Aufbaus bis zum Ende des Abbaus würde helfen. Wir setzen uns ein für die Demokratie, für Meinungs- und Versammlungsfreiheit, gegen Diskriminierung. Solche Veranstaltungen müssen auch in ländlichen Räumen möglich sein und ich erwarte von der Polizei, dass sie die Gefährdungseinschätzung den Realitäten anpasst.

Wie blickt ihr in die Zukunft?

Der Angriff hat uns zusammengeschweißt. Wir empfinden unser Engagement notwendiger denn je. Unmittelbar nach dem Angriff haben sich Förderer und Menschen gemeldet, die die nächste Veranstaltung mitgestalten wollen. Wir planen bereits die Kundgebung im kommenden Jahr.

Das ausführliche Interview mit Judith ist auf unserer Webseite zu finden:

www.kurzlinks.de/bad-freienwalde

Außerdem ist über den Angriff eine Podcastfolge erschienen:

www.kurzlinks.de/nazi-angriff-bad-freienwalde



Der bisher größte CSD in Cottbus mit über 1000 Teilnehmenden.
 © Opferperspektive e.V.

COTTBUS

Am Montagnachmittag, den 20. Oktober, nur wenige Tage vor dem CSD, verüben Unbekannte einen Brandanschlag auf das Kulturzentrum „Bunte Welt“, in dem das Regenbogenkombinat Cottbus seinen Sitz hat. Dabei wird ein Papiercontainer an der Rückseite des Gebäudes in Brand gesetzt. Während des Anschlags befinden sich Menschen im Gebäude. Sie werden von einer Passantin über den Brand informiert und können die Flammen löschen, bevor sie auf das Gebäude übergreifen. Die Fassade wird dabei beschädigt.

Das Regenbogenkombinat ist regelmäßig mit rechtsmotivierten Sachbeschädigungen konfrontiert: Regenbogenflaggen werden abgerissen, Hakenkreuze oder der Schriftzug „AfD“ geschmiert.

Die Demonstration am folgenden Samstag verläuft trotz rechter Gegenveranstaltungen störungsfrei und ist mit über 1000 Teilnehmer:innen der größte CSD aller Zeiten in Cottbus. Am Hauptbahnhof pöbeln Neonazis und rechte Fußballfans abreisende Demonstrant:innen an, ein Rechter versucht eine Person zu treten, wird aber durch beherztes Eingreifen von Zeug:innen daran gehindert.

FÜRSTENWALDE/SPREE

Ein 13-jähriger palästinensischer Jugendlicher beobachtet am 25. Mai aus dem gerade abfahrenden Bus heraus, wie drei Rechte einem ihm bekannten muslimischen Mädchen das Kopftuch herunterreißen und es augenscheinlich rassistisch belästigen. Als der Teenager einen der Männer am nächsten Tag wiedersieht, spricht er ihn auf die Tat an. Der Angesprochene lässt nicht mit sich reden, sondern zieht ein Messer und sticht dem Jugendlichen damit unvermittelt in die Wange. Er verletzt den Betroffenen so schwer, dass dieser mehrfach operiert werden muss und bis heute gesundheitlich unter den Folgen der Tat leidet. Die Polizei kann den Täter später vorläufig festnehmen, nachdem dieser sich in seinem Whatsapp-Status damit gebrüstet hatte, auf „einen Ausländer eingestochen zu haben“.

LUCKENWALDE

Am frühen Nachmittag des 18. Juni wirft eine Person aus einer Gruppe von Jugendlichen einen Stein gegen ein Fenster im Eingangsbereich des alternativen Jugendzentrums KLAB und beschädigt dabei die Scheibe. Eine Mitarbeiterin hält sich zu diesem Zeitpunkt im Gebäude auf und wird nur durch Zufall nicht verletzt. Besucher:innen sind zum Zeitpunkt des Vorfalls nicht anwesend. Die Mitarbeiterin erkennt eine der beteiligten Jugendlichen wieder, die bereits am Vortag in der Nähe Gedenkplakate für Betroffene rechter Gewalt abgerissen hatte. Zuvor wurden mehrfach Aufkleber mit extrem rechten und rassistischen Aussagen am Gebäude angebracht.

Bereits im Vorjahr fanden Mitarbeitende ein Drohschreiben mit den Worten „Ihr werdet sterben wie die Menschen in Solingen“ vor der Tür des Jugendzentrums. Die Drohung bezieht sich vermutlich auf das „Festival der Vielfalt“ im August

2024 in Solingen, bei dem drei Personen durch einen Messerangriff getötet wurden. In Luckenwalde kam es in den vergangenen Jahren immer wieder zu rassistischen und extrem rechten Vorfällen. Erst im Mai hatte eine Gruppe Jugendlicher im Stadtpark mit dem sogenannten Hitlergruß posiert und davon Fotos in sozialen Medien veröffentlicht.

RATHENOW

Im Vorfeld des CSD-Umzugs in Rathenow am 30. August unter dem Motto „Rathenow bleibt bunt“ kommt es an Schulen und im öffentlichen Raum zu Beleidigungen und Gewaltandrohungen gegen Organisierende und ihnen nahestehende Personen. Ein kommunaler AfD-Abgeordneter fotografiert am Startpunkt der Demonstration die Teilnehmenden, was diese als sehr bedrohlich wahrnehmen. Bereits im letzten Jahr gab es am Rande des CSD Drohungen und Beleidigungen durch eine Gruppe junger Neonazis. Die Bedrohungen verursachen auch deshalb große Besorgnisse bei zivilgesellschaftlich Aktiven, weil Rathenow in den 1990er Jahren bis in die 2000er Jahre hinein eine Geschichte massiver rechter Gewalt erlebte. Akteure dieses gewalttätigen Rechtsextremismus leben noch immer in der Stadt.



Rechte Störer beim CSD in Rathenow © Presseservice Rathenow

AUS DER ARBEIT DES VEREINS

PODCAST: BRANDENBURGER BASEBALLSCHLÄGER-JAHRE: #8

Wie sind die Hinterbliebenen von Todesopfern rechter Gewalt mit dem gewaltsamen Verlust zurechtgekommen, welche langfristigen Folgen haben die Taten für sie? In der achten Folge unseres Podcasts „Brandenburger Baseballschlägerjahre“ richten wir unseren Blick auf die Hinterbliebenen. Dafür haben wir mit Angehörigen von Timo Kählke und Mike Zerna gesprochen. Anzuhören auf den gängigen Streaming-Plattformen und unserer Internetseite: www.kurzlinks.de/baseball_8

AUSSTELLUNG: [KEIN SCHÖNER LAND] IN EBERSWALDE

Vom 5. Dezember bis 30. Januar ist unsere Ausstellung „[Kein Schöner Land] – Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg“ an der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung in Eberswalde zu sehen. Mit der Ausstellung erinnern wir an das Schicksal von Menschen, die seit 1990 in Brandenburg ihr Leben infolge rechter Gewalttaten verloren haben. Sie widmet sich nicht nur den persönlichen Geschichten der Opfer, sondern bietet auch Einblicke in die häufig lückenhafte Aufklärung der Taten.

35. TODESTAG VON AMADEU ANTONIO

Am 24. November 1990 zogen Dutzende Rechtsextreme durch Eberswalde. Während Polizei und Passant:innen tatenlos zusahen, griff der Mob, bewaffnet mit Baseballschlägern, Messern und Zaunlatten, Menschen mit Einwanderungsgeschichte an. Amadeu Antonio wurde brutal zusammengeschlagen und schwer verletzt. Wenige Tage später starb er an den Folgen und ist damit eines der ersten Todesopfer rechter Gewalt seit der Wiedervereinigung. Am 6. Dezember 2025, jährte sich sein 35. Todestag.

BUCHREZENSION: EXTREMWETTERLAGEN. REPORTAGEN AUS EINEM NEUEN DEUTSCHLAND

Seit etwa zehn Jahren treibt Journalist:innen, Soziolog:innen und Politolog:innen die Frage um: Wie tickt der Osten? Warum haben sich in den Ost-Bundesländern nicht die demokratischen Strukturen der alten Bundesrepublik nachfolgend gebildet? Warum sympathisiert ein großer Teil der Ostdeutschen mit einer antidemokratischen, rassistischen Massenbewegung oder gehört ihr sogar selber an?

Nicht mit dem Anspruch umfassend zu erklären, sondern zu beobachten und zu beschreiben sind Alexander Leistner, Manja Präkels, Tina Pruschmann und Barbara Thériault im Vorfeld der Landtagswahlen 2024 in Sachsen, Thüringen und Brandenburg als „Überlandschreiber:innen“ durch das ländliche Ostdeutschland gezogen. Leistner, Präkels und Pruschmann sind selbst in den 1970er Jahren in Ostdeutschland geboren und gehören zu jener Genera-

tion, die noch genug DDR erlebt hat, um ein eigenes Bild davon zu haben, ihre Selbstbehauptungskämpfe aber vorrangig im Nachwende-Ostdeutschland ausgetragen hat. Thériault stammt aus Kanada und hat sich Ostdeutschland als Soziologin insbesondere im Rahmen teilnehmender Beobachtungen erschlossen. Die vier haben Orte besucht, Menschen getroffen und sich dabei immer auch wieder selbst befragt. Entstanden sind kurze Reportagen über eine beschädigte Gesellschaft, in der das Eintreten für Menschlichkeit und Demokratie oft riskant ist, der Rechtsradikalismus aber auch häufig in Form biederbräsigter Wutbürgerlichkeit auftritt. Aus den Beobachtungen und Begegnungen setzt sich ein Bild zusammen über eine Region, die mit ihren Vergangenheiten hadert und sich Zukunft oft genug nur als Summe beängstigender Szenarien vorstellen kann. Dieses

Mosaik trägt zum Verständnis der Situation mehr bei, als so manche Expert:innenrunde im abendlichen Fernsehen.

Leistner, A./Präkels, M./Pruschmann, T./Thériault, B.: *Extremwetterlagen – Reportagen aus einem neuen Deutschland*, Berlin 2025, 208 S., 20,00 €.



SPENDENKONTO

SOZIALBANK

IBAN: DE38 370 20500 0003 8131 00

BIC: BFSWDE33XXX

PAYPAL: info@opferperspektive.de

IMPRESSUM

OPFERPERSPEKTIVE E. V. – SOLIDARISCH GEGEN RASSISMUS, DISKRIMINIERUNG UND RECHTE GEWALT E.V.

Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam
www.opferperspektive.de

Tel: +49 (0) 331 8170000
info@opferperspektive.de
Redaktion: Robin Herz

Gefördert vom



Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Handlungskonzeptes



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

STADT.LAND.HORIZONT – DREI JAHRE ALLGEMEINE ANTIDISKRIMINIERUNGSBERATUNG IN BRANDENBURG



Im vergangenen Jahr feierte die Antidiskriminierungsberatung ihr 15-jähriges Bestehen © Opferperspektive e.V.

Seit 2009 unterstützen wir als Antidiskriminierungsberatung Brandenburg Betroffene von rassistischer Diskriminierung im ganzen Bundesland. Menschen, die von anderen Diskriminierungen betroffen sind, mussten wir lange Zeit abweisen. Eine Bundesförderung aus dem Programm Respekt*Land ermöglichte schließlich, das Beratungsangebot auch für Betroffene von Ableismus (Diskriminierung aufgrund von Behinderung und chronischer Erkrankung), Altersdiskriminierung, Sexismus, Queer- und Trans*feindlichkeit sowie Religionsfeindlichkeit anzubieten.

Im Rahmen des Projekts „Stadt.Land.Horizont“ bauten wir die einzige unabhängige und merkmalsübergreifende Antidiskriminierungsberatung in Brandenburg auf. Wir starteten 2023, arbeiteten ein neues Team ein und vernetzten uns mit Selbstorganisationen, Beauftragten und Verbänden im Land. Dabei konnten wir uns auch regional erweitern: Wir eröffneten ein Büro in Cottbus und bauten mit zwei neuen Kolleg:innen ein Team für Südbrandenburg auf.

Diskriminierung in allen Lebensbereichen

Bereits im ersten Jahr zeigte sich: Der Bedarf an Beratung ist da. In allen Lebensbereichen kann es zu Diskriminierungen kommen, bei denen Betroffene Unterstützung brauchen, um ihre Rechte einzufordern und das Erlebte zu verarbeiten. Insbesondere wegen Diskriminierung im Kontext Behinderung und chronischer Krankheiten wandten sich Betroffene an uns. Thematisch ging es häufig um Diskriminierung in der Arbeitswelt, im Bereich Wohnen oder Bildung. Neben vielen anderen begleiteten wir trans* Personen, die bei Behörden diskriminiert wurden; Kinder mit Behinderung, die in der Schule von Freizeitaktivitäten ausgeschlossen wurden; homosexuelle Angestellte, die durch ihre Vorgesetzten benachteiligt wurden; Personen, die aufgrund ihrer Religion nicht an Bildungskursen teilnehmen sollten; ältere Menschen, die als Kund:innen benachteiligt wurden, oder Frauen, die sexuelle Belästigung erlebten. Wir klärten auf, halfen bei Beschwerden, führten Vermittlungsgespräche, bestärkten Betroffene und ihr Umfeld, sensibilisierten und forderten Rechte ein. Zusätzlich zur direkten Beratung schulten wir in zwei Durchgängen unserer Weiterbildungsreihe „Basics der Antidiskriminierungsberatung“ Multiplikator:innen in Erst- und Verweisberatung und bildeten uns zu den hinter Diskriminierung stehenden Machtverhältnissen fort.

Allgemeine Antidiskriminierung vor dem Aus

Von Anfang an war klar: Die Bundesförderung ist lediglich eine Anschubfinanzierung, für die Weiterführung steht das Land Brandenburg in der Verantwortung. Die Bundesförderung endet im Januar 2026. Doch bisher gibt es keine Aussicht auf Weiterfinanzierung durch das Land. Die allgemeine Antidiskriminierungsberatung steht damit vor dem Aus. Nach Jahren des Auf-

baus von Expertise, Netzwerken und der Vertrauensbildung droht ein abruptes Ende. Verträge von Kolleg:innen können nicht verlängert werden. Am härtesten aber trifft es die Menschen in Brandenburg, die Diskriminierung erleben und nun auf sich alleine gestellt sein werden.



© Opferperspektive e.V.

PETITION: ANTIDISKRIMINIERUNGSBERATUNG RETTEN!

Um die allgemeine Antidiskriminierungsberatung in Brandenburg in letzter Sekunde noch zu retten, haben wir eine Online-Petition an Ministerpräsident Dietmar Woidke und die Landesregierung gestartet. Wir fordern: Brandenburg muss die nötigen 260.000 Euro für das Jahr 2026 bereitstellen und die verlässliche Finanzierung der allgemeinen Antidiskriminierungsberatung Brandenburg absichern.

Bitte unterstütze unsere Petition, damit wir auch in Zukunft an der Seite der Betroffenen stehen und uns für den Abbau von Benachteiligungen in Brandenburg einsetzen können.

Zur Petition:
www.weact.campact.de/p/antidiskriminierung



„BETROFFENE BRAUCHEN SICHERE UND SCHNELLE BEGLEITUNG“

Interview mit Eric vom Verein „Open Dreams Brandenburg“



Eric hat 2023 den Verein „Open Dreams Brandenburg“ mitgegründet © Eric

Du hast 2023 den Verein „Open Dreams Brandenburg“ gegründet, wofür setzt ihr euch in diesem Projekt ein?

Wir engagieren uns für Menschen mit Migrationsgeschichte und bauen Brücken – für hier Geborene ebenso wie für Zugewanderte. Uns ist es wichtig, dass wir die Träume und Wünsche dieser Menschen ermöglichen. Wir setzen uns ein für gleiche Rechte für alle, für Integration und Partizipation.

Du warst in der Vergangenheit von rassistischer Diskriminierung und Angriffen betroffen. In diesem Zusammenhang hast du dich auch an die Antidiskriminierungsberatung Brandenburg gewandt. Wie

konnte dich die Beratung unterstützen?

Die Antidiskriminierungsberatung hat mir geholfen, konkrete Situationen einzuordnen, bei denen ich mich unsicher gefühlt habe. Bei einem Vorfall war ich sehr verunsichert. Ich wusste nicht, was ich machen sollte, und war sehr desorientiert. Ich überlegte, wen ich anrufen sollte. Dann ist mir die Antidiskriminierungsberatung eingefallen. Das hat mir geholfen, ruhig zu bleiben, weil ich mir sicher war, dass ich dort Unterstützung bekomme. Besonders geholfen hat mir die emotionale Entlastung. Das hat mir die Gewissheit gegeben, ich bin nicht alleine. Die Beraterin hat mir geholfen, meine Handlungsmöglichkeiten zu erkennen. Sie hat mir immer wieder Tipps gegeben, auch zur rechtlichen Situation.

Welche Unterstützung brauchen Menschen, die in Brandenburg Diskriminierung erleben?

Viele Menschen melden ihre Diskriminierungserfahrungen nicht, aus Angst, dass das bei administrativen Prozessen, wie etwa ihrem Bleiberecht, negative Konsequenzen haben könnte. Deswegen braucht es mehrsprachige und gut erreichbare Beratungsstellen. Betroffene brauchen sichere und schnelle Begleitung. Nicht nur nachdem etwas passiert ist, sondern auch vorab sollte es Workshops und Informationen geben. Damit sie wissen, dass sie nicht alleine kämpfen müssen. Das Beratungsangebot muss präsenter sein, damit Leute sofort wissen, wo sie sich hinwenden können, wenn etwas passiert. Und es braucht

mehr psychosoziale Unterstützung.

Was wünschst du dir von der Gesellschaft und Politik, um die Situation von Diskriminierungsbetroffenen in Brandenburg zu verbessern?

Ich wünsche mir eine klare politische Haltung gegen Rassismus. Außerdem braucht es Unterstützung für Betroffene sowie Konsequenzen und Sanktionen für diskriminierendes Verhalten in Politik und Gesellschaft, aber auch in Behörden und Bildungseinrichtungen.

Das muss bereits in der Schule beginnen, indem man Kinder und Lehrer:innen dazu informiert. Es gibt ganz viele diskriminierende Situationen, in denen Leute sagen: „Ich wollte dich nicht diskriminieren oder verletzen“. Die Leute müssen sich informieren, damit so etwas nicht passiert. Dafür braucht es mehr pädagogische Konzepte. Und wir brauchen eine langfristige Förderung für migrantische Selbstorganisationen sowie für Diversität in öffentlichen Institutionen. Außerdem müssen wir mehr Dialogräume schaffen. Wir wollen nächstes Jahr Veranstaltungen für Senioren:innen anbieten, sie einladen, über das Thema zu sprechen. Uns geht es um Solidarität und eine Kultur des Hinschauens.

Mehr Informationen zur Arbeit von Open Dreams Brandenburg:

www.open-dreams-brb.de/ & www.instagram.com/opendreamsbrandenburg.de/

UNTERSTÜTZEN SIE UNS!

SPENDENKONTO

Sozialbank
IBAN: DE38370205000003813100
BIC: BFSWDE33XXX
Betreff: Antidiskriminierung
Paypal: info@opferperspektive.de

KONTAKT

ANTIDISKRIMINIERUNGSBERATUNG BRANDENBURG

Rudolf-Breitscheid-Straße 164, 14482 Potsdam
Tel: +49 (0)331 581 076 76
antidiskriminierung@opferperspektive.de
www.antidiskriminierungsberatung-brandenburg.de
Redaktion: Robin Herz